

## KAPITEL 2 LIECHTENSTEIN UNTER DEN BEDINGUNGEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

### 1. Die europäische Integration

Der Begriff «europäische Integration» kam nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Gebrauch, um den Prozess wie auch das Ziel einer engeren Verbindung zwischen den westeuropäischen Staaten zu beschreiben. Der Begriff war offen und vage genug, um verschiedene Wege und Formen von Integration abzudecken. Das Vorhaben «europäische Integration» ist massgeblich verknüpft mit dem Europarat sowie der Europäischen Union (EU) als der Zusammenfassung der Europäischen Gemeinschaften. Es sind die beiden am weitesten ausgebildeten europäischen Organisationen (parlamentarische Einrichtungen, exekutivische Organe, Gerichtshöfe) mit eigenen Kompetenzen und weit angelegten Zielen.<sup>11</sup>

Der 1949 gegründete Europarat war ursprünglich als die zentrale Organisation gedacht, mit der «*Aufgabe, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern [...] herzustellen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern.*» (Art. 1 lit. a des Statuts) Von den Zuständigkeiten ausgenommen waren Fragen der nationalen Verteidigung (Art. 1 lit. d des Statuts).

Das eigenständig verfolgte politische Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte 1954 am Widerstand Frankreichs. Daraufhin wurde auch das geplante ambitionöse Vorhaben der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) abgebrochen. In den Vordergrund trat wieder das funktionalistische Modell einer Integration nach Sachbereichen.<sup>12</sup> Bereits 1951 war von Deutschland, Frankreich, Italien und den BENELUX-Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet worden. 1957 wurden von den gleichen sechs Ländern in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM (EAG) ins Leben

---

11 Vgl. Jaenicke, Günther, European Integration, in: Encyclopedia of Public International Law, Bd. II, S. 240 ff.

12 Dazu schon früh Riklin, Alois, Die Europäische Gemeinschaft im System der Staatenverbindungen, Bern 1972.